

Sparkurs:

Bei Chinas Staatsfirmen muss jeder fünfte Manager gehen



DPA

Chemiefabrik in Qianjiang

China verordnet seinen Staatsfirmen eine Rosskur, um sie fit für den Wettbewerb zu machen. Hierarchien sollen abgebaut, Kosten gesenkt und Schulden getilgt werden.

Die Staatsbetriebe in China gelten zumeist als wenig effizient. Das soll sich nach dem Willen der Führung in Peking ändern. Sie hat den Firmen einen drastischen Sparkurs verordnet. Innerhalb der kommenden drei Jahre sollen sie ihre Führungsebenen von bis zu neun auf maximal vier reduzieren, wie die Regierung beschlossen hat. Jede fünfte Führungskraft müsse gehen, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua.

Das Ziel der Maßnahmen: Bis Ende 2017 sollen die Firmen ihre Kosten um umgerechnet 13,6 Milliarden Euro drücken. Dazu müssten Neueinstellungen und Bezahlung den Markterfordernissen angepasst werden, fordert die Regierung. Auch die Verschuldung solle gesenkt, eine strikte Kostenkontrolle eingeführt und unrentable Nebengeschäfte abgestoßen werden.

Die Stahl- und Kohleunternehmen Chinas leiden unter den großen weltweiten Überkapazitäten. Sie sollen ihre Produktion angesichts weltweiter Überkapazitäten bis 2017 um zehn Prozent drücken. Mit Steuernachlässen und günstigen Darlehen sollen entlassene Mitarbeiter ermutigt werden, sich selbstständig zu machen. Bereits in den vergangenen Monaten hatte die Regierung angekündigt, 1,8 Millionen Stellen in der Branche abzubauen.

Darüber hinaus werden auch in anderen Branchen viele der staatlichen Betriebe nur noch künstlich am Leben erhalten und produzieren, obwohl es keinen Abnehmer für ihre Produkte gibt. Auch das will Peking beenden, insgesamt sollen fünf bis sechs Millionen Arbeiter ihren Job verlieren.

China zählt 112 Unternehmen, die sich entweder in Staatsbesitz befinden oder von Peking aus gelenkt werden. Hinzu kommen Tausende Firmen, die den Regional- und Kommunalregierungen gehören. Die Regierung will private Investitionen steigern und so für ein nachhaltigeres Wachstum der nach den USA zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt sorgen.